

**Bundesminister
Prof. Dr. Horst Ehmke**

So und jetzt!

**Zur Diskussion
um die Ostverträge**

A 01 - 01176

Rede vor dem Deutschen Bundestag am 24. Februar 1972

Bundesminister Prof. Dr. Horst Ehmke erklärte bei der ersten Beratung der Ostverträge im Deutschen Bundestag am 24. Februar 1972:

Inhalt	Seite
Rede vor dem Deutschen Bundestag am 24. Februar 1972	5
Interview mit dem Deutschen Fernsehen zum Warschauer Vertrag am 6. Dezember 1970	43
Die Nein-Sager Beitrag in der Wochenzeitung „Deutsche Zeitung – Christ und Welt“ vom 3. März 1972	47

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

In diesem Hause bestand und besteht Einigkeit darüber, daß das Haus vor einer der wichtigsten Entscheidungen steht, die es in seiner Geschichte zu treffen hat. Gemessen an dieser Bedeutung ist mir aufgefallen, daß in den Beiträgen der Opposition eigentlich wenig von dem geschichtlichen Atem zu spüren ist, der diese Frage begleitet.

(Abg. Dr. Klepsch: Jetzt kommt er!)

Das gilt auch für die Rede von Herrn Kollegen Schröder, so sehr ich deren meisterhafte Form bewundert habe; denn diese Rede hat sich ja zur Substanz, nicht nur zu Berlin, sondern zur Substanz der Verträge überhaupt nicht geäußert, sondern sich auf verfahrensmäßige und methodologische Bemerkungen beschränkt. Sie war darin allerdings weit qualifizierter als die ausgewählten Erzählungen von Herrn Kollegen Marx.

Herr Kollege Marx, die Rede, die Sie hier gehalten haben, war eine Rede, die in Weimar manche Deutschnationalen gehalten haben.

(Beifall bei der SPD.)

Ich sage manche Deutschnationalen, weil zu sagen alle Deutschnationalen den Deutschnationalen der Weimarer Republik Unrecht tun würde.

(Beifall bei der SPD.)

Auf die Rolle der Deutschnationalen in Weimar komme ich noch zurück.

(Zurufe von der CDU/CSU.)

Ich war eigentlich der Meinung, Herr Kollege Barzel, wir könnten uns und diese Debatte selbst insofern nicht geschichtslos betrachten, als wir darin übereinstimmen könnten, daß heute hier in diesem Hause nicht mehr das gesagt werden kann, was Herr Kollege von Merkatz am 19. März 1953 hier gesagt hat: bei der Frage der Wiedervereinigung gehe es — Zitat —

nicht um einen im Wege des Verhandeln und des Brückenbaus zu schaffenden Ausgleich, sondern um die Befreiung der besetzten deutschen Gebiete.

Ich glaube, davon, daß diese Töne vorbei sind, können wir und sollten wir gemeinsam ausgehen, und nicht von den Tönen, die wir damals gehört haben und die wir zum Teil heute wieder hören.

Ich möchte vielmehr bei aller notwendigen Auseinandersetzung festhalten, Herr Kollege Barzel, daß Sie — und das war in dieser Form neu — gestern mit der Bundesregierung darin übereingestimmt haben, daß die Lösung der deutschen Frage ein geschichtlicher Prozeß sei, dessen einzelne Stationen man heute noch nicht absehen könne.

*(Abg. Dr. Barzel: Der Satz geht weiter,
Herr Kollege Ehmkel)*

— Vielleicht können Sie es ergänzen; ich habe es nicht hier.

*(Abg. Dr. Barzel: Für den man aber heute
nicht den Weg verbauen dürfte durch
Zementieren, was die Bundesregierung mit
Ihrer Politik tue!)*

— In dieser Zielsetzung sind wir einig; in Ihrer Behauptung sind wir nicht einig. Darauf gehe ich noch ein.

Aber, Herr Kollege Barzel, ich wollte hier noch einmal mehr Gemeinsamkeit festhalten. Ich glaube, wir sind uns auch darin einig:

*(Abg. Frau Kalinke meldet sich zu einer
Zwischenfrage.)*

*(Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen:
Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?)*

Nein. Herr Kollege Barzel hat mir gestern keine gestattet, und ich möchte heute genauso verfahren.

*(Abg. Frau Kalinke: Ich bedaure das sehr,
Herr Kollege!)*

Ich darf davon ausgehen, Herr Kollege Barzel, daß wir uns auch darin einig sind, daß es heute nicht darum geht, die deutsche Einheit zu erreichen oder aufzugeben. Um diesen Prozeß in die Zukunft hinein im Sinne unserer Interessen zu gestalten, Herr Kollege Barzel — auch darin werden wir uns einig sein —, muß man doch den unheilvollen geschichtlichen Prozeß mit im Auge behalten, der zur Teilung unseres Vaterlandes geführt hat. Dieser Prozeß, meine Damen und Herren, hatte mit dem Linksradikalismus, der in dieser Debatte so oft erwähnt worden ist, nichts zu tun, er war das Werk des Rechtsradikalismus in Deutschland und seiner deutschnationalen Mittläufer.

(Beifall bei der SPD.)

Aber gerade weil wir trotz der uns aufgezwungenen staatlichen Teilung an der durch die Jahrhunderte gewachsenen nationalen Einheit festhalten wollen, sind wir uns doch auch, Herr Kollege von Weizsäcker, sicher darin einig, daß man aus der Geschichte dieser Nation nicht beliebig aussteigen kann. Ich muß sagen, ich habe mit Erstaunen gehört, daß Sie die Geschichte und die Bedeutung der deutschen Nation im wesentlichen auf das Jahr 1871 reduzieren wollen, und das in einer Zeit der abnehmenden Bedeutung des Nationalstaates und seiner Souveränität.

(Zurufe von der CDU/CSU.)

Ich habe auch mit Interesse vernommen, daß die Bemerkungen des Bundeskanzlers über die Bemühungen

in beiden Teilen Deutschlands um das Erbe der klassischen deutschen Literatur bei Herrn Marx offenbar nur Unverständnis hervorrufen können; ich muß allerdings hinzufügen: ich hatte es nicht anders erwartet.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren von der Opposition, bei der Politik, die diesen Ostverträgen zugrunde liegt, bei der Friedenspolitik, bei der Entspannung auch gegenüber unseren osteuropäischen Nachbarn und bei dem Ausgehen vom territorialen Status quo, auch bei der Erstreckung des Gewaltverzichts auf diese Frage muß man doch diese historische Dimension sehen. Ich habe, offen gestanden, Herrn Kollegen Schröder gestern nicht verstanden, als er von den sogenannten Ergebnissen des zweiten Weltkrieges sprach, denn diese Ergebnisse sind doch wohl real genug.

Herr Kollege Barzel, wenn Sie gestern die berechtigte Frage aufgeworfen haben, wer denn heute den Frieden in Europa störe, so fürchte ich, daß, so berechtigt die Frage ist, diese geschichtliche Dimension in ihr fehlt. Denn sehen Sie: die Frage von Krieg und Frieden in Europa, insbesondere zwischen unserem Volk und den osteuropäischen Völkern, ist eine Frage, die viel älter und sehr viel geschichtsträchtiger ist als die Frage, mit der wir es heute zu tun haben, nämlich die sie überdeckende Frage der Auseinandersetzung zwischen parlamentarischer Demokratie und Kommunismus. Da hat es noch ganz andere Faktoren gegeben. In meiner Heimat z. B. war es einer der wesentlichen Gründe für die Härte der Grenze, daß sich die nationale Grenze fast völlig deckte mit der konfessionellen Grenze. Das sollte gerade Ihnen doch zu denken geben.

Ich habe für mich als Danziger aus der wechselvollen Geschichte des Miteinanders und Gegeneinanders und schließlich des blanken Hasses, der Vernichtung und der Vertreibung den Schluß gezogen, daß wir nicht mit

dem Blick in die Vergangenheit und auch nicht mit dem Blick auf uns geschehenes Unrecht — denn auch das hat es gegeben — in Bitterkeit verharren dürfen, sondern daß im Interesse unserer Kinder, der deutschen Kinder wie der polnischen Kinder, endlich Schluß sein muß mit alten Rechnungen; und zwar keineswegs nur darum, weil — so lautet ja bei manchen die Begründung — heute die modernen Massenvernichtungswaffen einen Krieg zum gemeinsamen Selbstmord machen würden. In dieser Haltung weiß ich mich einig mit der ganz überwiegenden Mehrheit unserer Vertriebenen. Ich akzeptiere also als jemand, der seine Heimat im Osten verloren hat, nicht nur die Friedenspolitik der Bundesregierung, sondern als deren konkreten Bestandteil auch das Ausgehen vom territorialen Status quo für die weitere Politik.

Wir alle wissen: die alte Ordnung ist von Hitler und seinem Wahnsinn zerstört worden.

(Abg. Dr. Lenz [Bergstraße]: Von Hitler und Stalin!)

Wir meinen, daß es eine solidere Ordnung für den Frieden in Europa geben kann und geben muß, als sie heute besteht. Aber für eine gemeinsame europäische Politik in dieser Richtung gehen wir von dem aus, was ist.

Herr Kollege Marx, um noch einmal auf Sie zurückzukommen: Sie haben heute eine frühere Rede des Bundeskanzlers zitiert und dann gesagt, er sei von dieser Rede abgewichen. Ich bin der Meinung, auch für unsere Zuschauer und Zuhörer draußen im Lande ist es doch wichtig, einmal an einem Beispiel zu zeigen, wie hier von der Opposition mit dem Wort des Kanzlers dieses Staates umgegangen wird. Der Bundeskanzler hat gerade gestern gesagt — gestern —:

Mir wird vorgehalten — so erst kürzlich, ich glaube in der vergangenen Woche, von dem Kollegen

Strauß —, ich hätte 1962 gesagt, man könne einem Volk zwar die Teilung auferlegen, aber nicht verlangen, daß sie von diesem akzeptiert und unterschrieben werde.

Also der gleiche Vorwurf, den Herr Marx heute hier in großen Tönen wiederholt. Der Kanzler hat gestern gesagt: Bei dieser Meinung bleibe ich. Heute unterstellt man ihm hier in schamloser Weise das Gegenteil.

(Zurufe von der CDU/CSU: Unverschämtheit! — Schamlos sind Sie!)

Der Kanzler hat gestern gesagt — ich darf zitieren —:

Ich weise es auch heute als unzumutbar zurück, nachträglich die Zustimmung zur Teilung Deutschlands zu geben. Dies wäre ein Verstoß gegen unsere Würde, gegen unsere Geschichte, gegen unsere Interessen. Niemand kann das von uns verlangen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Ich wäre dankbar, Herr Marx, wenn Sie das wenigstens jetzt zur Kenntnis nähmen.

Herr Kollege Barzel, Gewaltverzicht in bezug auf die in Europa bestehenden Grenzen einschließlich der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR und dann — neben dem allgemeinen Gewaltverzicht — die Hinnahme der Oder-Neiße-Grenze als Westgrenze Polens durch die Bundesrepublik ohne Vorgriff auf den Friedensvertrag eines gesamtdeutschen Souveräns, sind zwei der wichtigsten Bestandteile dieses Vertrages und unserer zukünftigen Politik. Herr Kollege Barzel, ich muß sagen, ich kann es nicht verstehen — aber vielleicht können Sie es mir erklären —, wenn Sie sagen, dieses Ausgehen von den bestehenden Grenzen sei ein Ausflug in „Großmannssucht“.

(Abg. Dr. Barzel: Aller Grenzen überall in Europa!)

— Ja, Herr Kollege Barzel, ich fürchte, das einen Ausflug in Großmannssucht zu nennen verrät einen mangelnden Sinn nicht nur für die geschichtlichen, sondern auch für die psychologischen und politischen Dimensionen dieser Frage.

(Beifall bei der SPD.)

Herr Kollege Schröder, Sie haben völlig recht: die Vorwegnahme eines Friedensvertrages — darin sind wir uns völlig einig — wäre uns auch rechtlich gar nicht möglich gewesen. Wir stimmen darin völlig überein. Nur, Herr Kollege Schröder, die Tatsache, daß das so ist, schmälert doch nicht das Verdienst unseres Außenministers, mit Polen einen Vertrag abgeschlossen zu haben, der den deutschen Rechtsgegebenheiten Rechnung trägt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Wo denn?)

Schließlich sind ja die Polen nicht an unser Grundgesetz gebunden, und das gleiche gilt für den Moskauer Vertrag und die sowjetische Führung.

Doch lassen Sie mich bei diesem Grundsatz verweilen, denn, Herr Kollege Barzel — und da hätte ich gern eine Antwort von Ihnen —, ich bin mir nach der bisherigen Debatte nicht klar über die Stellung der Opposition zu der Frage des Erstreckens des Gewaltverzichts auf den bestehenden territorialen Status quo und des Ausgehens von diesem Status quo für die weitere Politik.

(Abg. Dr. Barzel: Können Sie die Frage präzisieren, Herr Ehmke?)

— Ja, ich komme noch dazu.

Herr Kollege Schröder hat gestern dankenswerterweise hervorgehoben, welche Gemeinsamkeiten noch zwischen uns bestehen. Er hat das im einzelnen aufgezählt, aber, Herr Kollege Schröder, der Grundsatz, daß sich der Gewaltverzicht auf den territorialen Status

quo erstreckt, der Grundsatz des Ausgehens vom territorialen Status quo fehlt bei Ihnen unter den Gemeinsamkeiten.

Sie dagegen, Herr Kollege Barzel, haben erklärt, die Verträge von Moskau und Warschau — also offenbar auch der zu ihnen gehörende Grundsatz des Ausgehens vom territorialen Status quo — könnten für die CDU zustimmungsfähig werden, wenn drei Bedingungen erfüllt seien, auf die ich nachher noch im einzelnen eingehe: EWG, Selbstbestimmungsrecht, Freizügigkeit.

Wenn das so ist — und mir liegt hier wirklich an einer Klarstellung, Herr Kollege Barzel —, dann ist es doch offenbar so: das Nein der Opposition zu diesen Verträgen bezieht sich gar nicht auf deren Kernbereich, jedenfalls nicht auf das Ausgehen der deutschen Politik vom territorialen Status quo. Diese Frage ist eminent wichtig, und ich bin der Meinung, die Opposition sollte Verständnis haben für unsere Bitte, von ihr in diesem Punkte die Klarheit zu bekommen, die Herr Kollege Schröder gestern in diesen Fragen mit Recht auch von der Regierung gefordert hat.

Ich bin der Meinung, diese Klarheit ist aus einer Reihe von Gründen erforderlich. Herr Kollege Barzel, sie ist erforderlich einmal gegenüber unseren westlichen Alliierten, die wissen müssen, ob auch bei einem wie immer begründeten Nein die Opposition diesen realistischen Ausgangspunkt und Ansatzpunkt der Ostpolitik dieser Bundesregierung akzeptiert oder nicht.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Und wir sollten doch die Frage der Zustimmung unserer Verbündeten zur deutschen Politik nicht so herunterspielen, wie das zum Teil getan worden ist. Herr Kollege Schröder, ich muß sagen, daß Sie gestern gemeint haben, dies sei eine Politik, die die westliche Einheit schwäche, das war eine wenig solide Äußerung, denn Sie können sich doch jeden Tag vom Gegenteil überzeugen.

(Abg. Dr. Schröder [Düsseldorf]: Sie werden es noch einmal erleben!)

— Herr Kollege Schröder, Sie weichen doch sonst nicht gern in die Zukunft aus. Halten Sie sich doch nun auch hier einmal an Tatsachen. Sie können sich jeden Tag von der wachsenden Einheit überzeugen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Herr Kollege Barzel, ich muß leider noch einmal auf Ihre gestrige Auseinandersetzung mit dem Kollegen Wehner zurückkommen. Zunächst einmal muß ich betonen, der Herr Kollege Wehner hatte nicht das gesagt, was Sie behauptet haben, sondern er hatte das Kommuniqué über die Gespräche zwischen dem Bundeskanzler und dem amerikanischen Präsidenten dahin zusammengefaßt, daß zwischen beiden Regierungen völlige Übereinkunft bestehe.

(Abg. Dr. Barzel: Nein, das Zitat lautet anders!)

— So hat er das zusammengefaßt. Und Sie haben gemeint, er habe gesagt, das stünde gewissermaßen als Satz in dem Kommuniqué. Das hat er gar nicht behauptet. Dies ist die Quintessenz des Kommuniqués. Das hat der amerikanische Präsident an anderer Stelle selbst gesagt.

(Erneuter Zuruf des Abg. Dr. Barzel.)

— Das hat er, Herr Kollege Barzel, an anderer Stelle selbst gesagt, und nun kann man es doch nicht so trennen, daß man sagt: der amerikanische Präsident hat recht, wenn er es sagt, aber wenn Wehner es zitiert, ist es falsch. — So kann man hier weder mit uns noch mit unseren Verbündeten draußen umgehen.

(Beifall bei den Regierungsparteien. —

Abg. Dr. Lenz [Bergstraße]: Dafür brauchen wir von Ihnen keine Belehrung!)

Ich danke für die Klarstellung, die Sie gestern gegeben haben, aber ich kann mich nach wie vor nicht mit der

Vorstellung befreunden, es sei irgendwie vorwerfbar, oder Sie dürften hier deswegen Belehrungen erteilen, wenn sich der Fraktionsführer der SPD für diese deutsche Politik auf die völlige Übereinstimmung mit unseren Hauptverbündeten beruft. Das ist doch eine der wesentlichen Voraussetzungen für jede deutsche Politik!

(Abg. Dr. Barzel: Aber das stimmt doch so gar nicht!)

— Dann habe ich Sie immer noch nicht verstanden, aber die Sache ist nicht klargestellt, Herr Barzel. Ich bitte Sie, dann noch einmal zu sagen, was damit gemeint war.

(Abg. Dr. Barzel: Wir werden das klarstellen!)

Klarheit darüber, wie es die CDU denn eigentlich mit dieser territorialen Frage hält, ist zweitens erforderlich gegenüber unseren Vertragspartnern, und zwar nicht nur hinsichtlich der Frage, vor der Sie ja bald stehen werden — denn die Verträge werden in Kraft treten —, wie Sie sich nach Inkrafttreten der Verträge verhalten.

(Abg. Dr. Lenz [Bergstraße]: Immer wieder diese Hoffnungen für die Zukunft!)

Drittens ist diese Klarstellung erforderlich gegenüber den Wählern, und zwar vor allem gegenüber den Vertriebenen, die dieser Debatte doch mit besonderem Interesse zuhören werden.

Verehrte Kollegen von der Opposition, es wäre nach meiner Meinung verhängnisvoll für die weitere innenpolitische Auseinandersetzung, wenn Sie etwa wegen der in dieser Beziehung in Ihren Reihen bestehenden Meinungsverschiedenheiten — die kann ich sehr gut verstehen,

(Lachen bei der CDU/CSU.)

Herr Kollege Hupka und ich sind hier auch verschiedener Meinung — durch ein allgemeines Nein die Frage offenlassen oder verschleiern, wie die Union dazu

steht, bei der weiteren deutschen Politik vom bestehenden territorialen Status quo auszugehen, ob sie das akzeptiert oder nicht. Für die Menschen draußen, meine Herren, ist das eine der wesentlichsten Fragen, mehr als die juristischen Auslegungsfragen, die hier zum Teil behandelt werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Das gilt besonders für meine vertriebenen Landsleute. Für die steht ja auch der Polen-Vertrag im Vordergrund und nicht der Moskauer Vertrag, während es bei Ihnen genau umgekehrt ist.

Ich möchte da nicht mißverstanden werden. Ich meine nicht die Frage, wie sich die CDU/CSU nach der Ratifizierung der Verträge verhalten werden. Denn daß sie dann die Verträge respektieren, ist in einem demokratischen Verfassungsstaat eine Selbstverständlichkeit. Darüber braucht man nicht zu reden. Die Frage ist vielmehr, wie sie sich politisch einstellen werden und ob sie gerade diesen zentralen Grundsatz akzeptieren werden.

(Zuruf von der CDU/CSU.)

Darüber muß der Wähler Klarheit haben.

Sie sehen, daß ich den Wähler als mündigen Wahlbürger ernster nehme, als das gestern Herr Kollege Kiesinger getan hat, der dem Wähler einen beschränkten Tageshorizont bescheinigt hat, übrigens eine Bemerkung, die mir manche seiner Äußerungen im baden-württembergischen Wahlkampf erst recht verständlich macht,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD.)

einschließlich eines — entschuldigen Sie — ebenso banalen wie schlimmen Mißbrauchs eines Bibelwortes.

(Zurufe von der CDU/CSU.)

— Sie wissen, worum es geht.

(Zuruf des Abg. Dr. Lenz [Bergstraße].)

— Ich könnte es anders ausdrücken, dann hätte ich Blasphemie gesagt, aber das habe ich nicht getan, Herr Lenz.

(Abg. Dr. Stark [Nürtingen]: Was halten Sie von den „Friedensanzeigen“?)

Doch zurück zu den wichtigen Dingen. Klarheit ist auch für die Einschätzung der deutschen Politik erforderlich. Wenn ich deutsche Politik sage, meine ich die Politik der Opposition und der Regierung in dieser Frage. Herr Barzel, darf ich mich auch hier wieder an Sie wenden. Auch Sie sind aus der kalten Heimat, und wir gehören beide zu einer Generation.

(Abg. Dr. Barzel: Man kann aber die Kaschuben nicht mit den anderen verwechseln!)

— Einverstanden! — Für die Einschätzung der deutschen Politik draußen, Herr Barzel — und da stimmen wir sicher überein —, ist es eine zentrale Frage, wieviel Realitätssinn die deutsche Politik aufbringt und wieviel Realitätssinn man uns draußen zutraut. Das kommt nicht von ungefähr. Mangelnder Realitätssinn ist ja oft eines der negativen Kennzeichen deutscher Politik gewesen, nicht erst im Wilhelminismus.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Wir sollten uns diese längerfristige Tendenz nicht durch die Greuel des Nationalsozialismus, die dann noch ganz andere Probleme aufgeworfen haben, verdecken lassen.

Mein verehrter Lehrer Rudolf Smend, einer unserer großen konservativen Köpfe — konservativ im guten Sinne des Wortes verstanden —, hat in der Auseinandersetzung der Weimarer Zeit einmal gesagt, unser Volk schwanke in unglücklicher Weise zwischen Staatsverneinung und Staatsvergötzung, zwischen Machtenthaltung und Machtanbetung hin und her. Dies hängt nicht unbedingt mit negativen Zügen unseres Volkscharakters zusammen, wie ja auch oft bei einer Einzel-

person Licht- und Schattenseiten eng beieinander liegen. Ich glaube vielmehr, es hängt mit sehr positiven Seiten unserer Entwicklung zusammen, mit den Zügen unserer Entwicklung, die uns einmal den Beinamen des Volks der Dichter und Denker eingetragen haben — lang ist es her —, mit den Zügen einer Geschichte, die man einmal die Geschichte einer „verspäteten Nation“ genannt hat.

Nun bin ich doch sicher, meine Herren von der Opposition, daß wir uns auch heute noch alle darin einig sind, daß nach dem Zusammenbruch des Nazi-Regimes die gemeinsame Aufgabe der Demokraten darin bestand und besteht, gegenüber dieser grenzenlosen Machtanbetung und diesem grenzenlosen Machtmißbrauch, gegenüber diesem völligen Verlust an Realitätssinn wieder Maß und Mitte in der Politik unseres Volkes zu finden.

(Beifall bei der SPD.)

Gestatten Sie mir dazu ein persönliches Wort. Wenn ich und viele meiner Generation in der Frage der Ostpolitik so entschieden auf der Seite von Willy Brandt stehen, so ist das weit über Parteipolitik hinaus

(Zuruf des Abg. Dr. Lenz [Bergstraße].)

ein Stück unseres Bewußtseins, dadurch an der Erfüllung des Auftrags mitzuarbeiten, den, so meine ich jedenfalls, die Geschichte unseres Volkes gerade unserer Generation gestellt hat. Denn, meine Damen und Herren von der Opposition, zu behaupten, 25 Jahre nach dem Zusammenbruch, nach dem Ende des Hitler-Krieges, sei noch alles offen und mit diesen Verträgen würde nun unter anderem etwa das Land jenseits der Oder und Neiße fortgegeben oder preisgegeben, ist juristisch unrichtig und ist politisch bar jeden Realitätssinns.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU/CSU.)

Das heißt, entweder den Kopf in den Sand zu stecken oder aber, noch schlimmer, Heuchelei zu betreiben.

(Beifall bei der SPD. — Abg. Kiep: Das heißt aber Absage an die Kontinuität!)

— Ich komme noch zur Kontinuität! Ich wäre daher dankbar, deutlich die Meinung der Union und der Opposition zu hören zu dieser Frage des Ausgehens vom territorialen Status quo. Sie ist in den wesentlichen Stellungnahmen bisher offengeblieben.

(Abg. Dr. Stark [Nürtingen]: Seit wann tragt die Regierung?)

— Beide fragen in der Demokratie! Sie sollten nicht dieses obrigkeitstaatliche Verhältnis zur Regierung haben, daß sie immer nur antwortet, sondern die Demokratie ist ein Dialog zwischen beiden Seiten dieses Hauses.

(Beifall bei der SPD. — Zuruf von der CDU/CSU: Geben Sie doch endlich einmal Antwort!)

Schließlich ist diese fehlende Klarheit auch wichtig für die Frage der Ernsthaftigkeit unseres Friedenswillens und Ihres Friedenswillens. Niemand, Herr Kollege Barzel, bestreitet der Opposition, daß auch sie den Frieden will. Das ist aber gar nicht die Frage.

(Widerspruch bei der CDU/CSU — Abg. Kiep: Das ist doch nicht wahr! — Abg. Stücklen: Ihre Anzeigen in Baden-Württemberg! — Abgeordnete der CDU/CSU halten eine Wahlkampfanzeige der SPD hoch.)

— Könnten Sie einmal ruhig zuhören? Ich komme ja dazu! Ich komme zu allem! Ich versuche doch meinerseits hier wirklich, zu einer Diskussion zu kommen.

(Abg. Dr. Stark [Nürtingen]: Vergessen Sie es nicht! — Zuruf von der SPD: Das wollen die doch gar nicht.)

— Vielleicht wollen sie es doch! Ich gehe jedenfalls einmal davon aus. Die Frage, Herr Kollege Stücklen, ist nicht die, ob Sie allgemein und abstrakt für den Frieden sind, sondern die Frage ist, ob Sie wie wir bereit sind, das von unserer Seite Notwendige heute für den Frieden zu tun. Das ist die Frage!

(Beifall bei der SPD.)

Für den Frieden zu sein, ist doch sehr einfach, ebenso gut, wie gegen die Sünde zu sein. Die konkrete Frage ist: Sind wir bereit, das in unserer Macht Liegende und Notwendige zu tun, auch dann, wenn es schmerzlich ist? Diese Frage, Richard Stücklen, sollten wir nicht immer überdecken mit dieser allgemeinen Frage nach der Friedenspolitik.

(Abg. Stücklen: In dieser Wahlkampfanzeige steht es doch!)

Es ist doch nicht so, daß man sagt — wie es hier zum Teil getan wird —: Jeder einigermaßen konservative Mensch muß zu dem Ergebnis kommen, diese Verträge seien gar nicht zu verantworten, und welche starken Vokabeln Sie alle gewählt haben.

(Abg. Dr. Lenz [Bergstraße]: Was das mit stark zu tun hat, ist unklar!)

Sehen Sie, Klaus Mehnert ist sicherlich ein sehr konservativer Mann, und sicherlich ein Mann, der mehr Sachverstand in Ostfragen hat als viele von uns hier im Hause. Er hat gesagt: Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist ein Optimum minus zehn. Er hat Ihnen geraten — aber darüber haben Sie offenbar noch nicht diskutiert —, es sei wohl das Richtige, die Abstimmung in dieser Frage, die auch eine Gewissensfrage ist, freizugeben, so wie wir das tun.

(Lachen bei der CDU/CSU. — Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU/CSU. — Abg. Dr. Kraske: Gilt das auch im Auswärtigen Ausschuß? — Unruhe.)

Ich wäre dankbar zu hören — — Verehrte Damen und Herren, ich verstehe Ihre Unruhe, aber die ist leicht zu beseitigen, indem Sie mir eine einfache Antwort auf eine einfache Frage geben. Ihr Parteifreund Simpfendörfer, meine Damen und Herren, Ihr guter, alter Parteifreund Simpfendörfer

(Lachen bei der CDU/CSU.)

hat zur Frage des Friedenswillens etwas sehr Richtiges gesagt.

(Unruhe.)

— Sie sollten doch noch wenigstens die Zitate Ihrer eigenen Veteranen anhören, Herr Kollege! Er hat gesagt, er unterstelle auch Herrn Kollegen Barzel und Herrn Strauß, daß sie den Frieden wollten, aber er fährt dann fort:

Aber das Wollen genügt schon lange nicht mehr. Unsere Politik muß den Frieden aktiv organisieren. Wir müssen für die anderen, die — wie z. B. die DDR

— so Simpfendörfer —

noch ein Brett vor dem Kopf haben, mitdenken und mithandeln, und genau das tut Brandt.

Soweit Simpfendörfer! Für uns ist es beruhigend zu sehen, daß sich die Stimme der Vernunft doch auch in Ihren Reihen noch Platz schaffen kann.

(Lachen bei der CDU/CSU.)

Meine Damen und Herren, ich sage es noch einmal: Meine dringende Bitte aus allen diesen Gründen ist, uns zu sagen, wie die Haltung der Opposition zu dieser Frage ist. Sagen Sie auch nein zum Grundsatz des Ausgehens vom territorialen Status quo, oder liegt das Nein auf anderen Gebieten? Sie haben ja eine etwas schwierige Fahrt in der Begründung Ihres Neins hinter sich. Die Begründung hat oft gewechselt. Das spricht nicht für die innere Stärke Ihres Neins. Sie haben ein-

mal gesagt, eine befriedigende Berlin-Regelung wäre der Testfall.

(Widerspruch bei der CDU/CSU.)

Als sie dann erreichbar war, haben Sie gesamtdeutsche Fragen in den Vordergrund gestellt. Dann haben Sie die heutigen drei Punkte nachgeschoben.

Ich wende mich jetzt diesen drei Punkten zu, die Herr Kollege Barzel gestern genannt hat. Er sagte: Bei Erfüllung dieser Punkte — ich sage noch einmal: Sie liegen nicht im Kernbereich der Verträge, nicht im Bereich der territorialen Fragen —, könnten die Verträge — mit gewissen Änderungen, wie Herr Barzel wohl meint — für die Opposition „zustimmungsfähig“ werden. — Dies nehme ich nicht als eine nur verbale Pflichtübung Ihrerseits, Herr Kollege Barzel. Ich will einmal auszuloten versuchen, was in den drei Punkten steckt.

Sie haben gesagt, das erste wäre eine positivere Einstellung der Sowjetunion zur Europäischen Gemeinschaft. Dazu ist in der Debatte das Wichtigste schon gesagt worden. Dies ist kein Gegenstand des Vertrages, Herr Kollege Barzel. Sie wissen, daß wir eine Interpretation der sowjetischen Seite haben, die ausdrücklich klarstellt,

(Abg. Dr. Barzel: Das ist ja nicht das Thema!)

daß die Vertragsformel über die Unverletzlichkeit der Grenzen einer Teilnahme der Bundesrepublik an dem politischen Zusammenschluß Europas nicht entgegensteht. Im übrigen ist es so, daß die EWG nicht der Anerkennung der Sowjetunion bedarf. Es ist vielmehr umgekehrt so, daß die Sowjetunion diese EWG als eine der Realitäten, die wir alle zu respektieren haben, zu respektieren haben wird. Ich glaube, man kann hier ohne große Gefahr die Voraussage wagen, daß sie das tun wird. Herr Kollege Barzel, die Europapolitik dieser Regierung macht jedenfalls genauso gute Fortschritte

wie die Ostpolitik dieser Regierung, so daß Ihr erster Punkt, von mir aus gesehen, neben der Sache liegt.

(Beifall bei der SPD.)

Der zweite Punkt ist die Frage der Aufnahme, wie Sie es nennen, des Selbstbestimmungsrechts in das Vertragswerk.

(Abg. Dr. Barzel: Was heißt: Wie Sie es nennen?)

— Ich will es Ihnen sagen, Herr Kollege Barzel. Es ist ganz friedlich gemeint. Ich meine, daß diese Forderung erfüllt ist, und ich möchte das auch begründen.

(Abg. Dr. Lenz [Bergstraße]: Da sind wir aber gespannt!)

— Es freut mich, Herr Lenz, daß selbst Sie dann zuhören. Ich glaube, wir müssen uns zunächst einmal über folgendes einig werden. Herrn von Weizsäcker glaubte ich heute so verstehen zu müssen, daß wir mit der Wiedervereinigung die Wiederherstellung des alten Nationalstaates meinen. Ich meine das nicht. Herr Kollege Strauß, ich habe es immer als eines Ihrer Verdienste — Ihrer wenigen Verdienste in meinen Augen — angesehen, daß Sie frühzeitig auf diesen Punkt hingewiesen haben, wobei ich es dahingestellt sein lasse, ob es Ihr Bayerntum oder Ihr Katholizismus war, der Sie vor Verengung der nationalen — —

(Pfui-Rufe von der CDU/CSU.)

— Entschuldigen Sie! Schreien Sie doch nicht „pfui“, bevor ich mein Kompliment zu Ende gesprochen habe.

(Zurufe von der CDU/CSU: Unverschämtheit!)

— Sie schreien hier „Unverschämtheit“, ohne zuzuhören. So ist das in der ganzen Diskussion. Sie können nicht mehr zuhören.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Ich sage es noch einmal: Ich habe es immer als ein Verdienst — das ist nicht ironisch gemeint — von Herrn

Kollegen Strauß angesehen, daß er in der Debatte frühzeitig darauf hingewiesen hat, daß es sehr ungeschichtlich wäre, die deutsche Frage nur als Frage der Rückkehr zu einem deutschen Nationalstaat zu verstehen. Ich habe hinzugefügt, daß ich es dahingestellt sein lasse — und diese Bemerkung war absolut positiv gemeint —, ob es mehr die bayerische oder die katholische Komponente in seinem Denken ist, die ihn davor bewahrt hat, das zu tun, was Herr von Weizsäcker heute getan hat, nämlich die Frage dieser Nation allein mit dem Jahre 1871 zu verbinden.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Nun sagen Sie mir, was dagegen zu sagen sein soll, es sei denn, Sie hätten etwas gegen die Bayern oder gegen die Katholiken.

Wir sind uns also einig: Man darf die Frage des Selbstbestimmungsrechts nicht so beschränken. Herr Kollege Barzel, ich nehme an, wir sind uns darüber einig. Wir sind der Meinung, — es gibt auch Äußerungen von Konrad Adenauer aus früherer Zeit hierzu —: Selbstbestimmungsrecht heißt: Dieses Volk soll selbst frei entscheiden können, in welcher Form es leben will. Es braucht nicht die alte Form des Nationalstaates zu sein. Sie nicken mir zu.

(Abg. Dr. Barzel: Ich habe Ihnen nicht zugnickt!)

— Diese Herren der CDU nicken mir zu. Wenn Sie anderer Meinung sind, liegt der Dissens bei Ihnen, jedenfalls nicht zwischen mir und den Herren, die mir eben zugnickt haben. Lassen Sie uns das doch mal in Ruhe diskutieren. Es ist doch nicht so, als ob dies alle wissen. — Ja, weil Sie gleich abwiegeln, wenn da einer zustimmt.

Nun kommt die Frage: Herr Kollege Barzel, wie war das mit dem Briefwechsel Adenauer/Bulganin von 1955? Diesen Punkt möchte ich aufklären, aufzuklären versuchen, und zwar darum, Herr Kollege Barzel, weil

ich doch hoffe, daß Sie Ihre Behauptung von gestern dann zurücknehmen können, der Moskauer Vertrag beende die Verpflichtungen, die sich aus diesem Briefwechsel ergeben.

Lassen Sie mich aber zunächst einmal etwas zu dem Inhalt des Briefwechsels sagen. Der Briefwechsel Adenauer/Bulganin war ja eigentlich der Vertrag von damals, und dann gab es noch einen einseitigen Brief von Adenauer, der Vorbehalte enthielt. Nun, in diesem Briefwechsel, in diesem beiderseitigen Brief vom 13. September kommt weder das Wort „Selbstbestimmungsrecht“ vor, auf das Sie ja so großen Wert legen; es kommt da gar nicht drin vor, Herr Kollege Barzel, wenn Sie's bitte mal nachlesen. Es kommt auch nicht das Wort „Friedensvertrag“ vor, und von Viermächte-Verantwortung ist schon gar nicht die Rede. Der Vorbehalt für den Friedensvertrag und für den Rechtsstandpunkt stand 1955 – wie heute – in dem einseitigen Brief Adenauers.

(Hört! Hört! bei der SPD.)

Lesen Sie es bitte genau nach! Unser Brief zur deutschen Einheit geht im Gegensatz zu dem, was Herr Kollege Marx hier behauptet hat, inhaltlich weit über den Briefwechsel hinaus.

*(Beifall bei den Regierungsparteien. –
Zuruf des Abg. Dr. Barzel.)*

– Also schön, Herr Kollege Barzel, Herr Kollege Marx, ich bitte um Entschuldigung, weil das Zeit kostet – Sie schütteln den Kopf –: ich lese das jetzt mal vor. Wir haben Texte in diesem Buch,

(Beifall bei der SPD.)

es ist Seite 109, Entschuldigung, Seite 110, da heißt es:

Die Bundesregierung geht hierbei davon aus,

– bei der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen –

daß die Herstellung und Entwicklung normaler Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion zur Lösung der ungeklärten Fragen, die das ganze Deutschland betreffen, beitragen wird.

(Zuruf von der CDU/CSU.)

– Das ist der Ausdruck einer Hoffnung, verehrter Herr Kollege, der Ausdruck einer Hoffnung, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen genauso, wie wir es von diesem Vertrag erhoffen, beitragen wird zu einer Lösung auch der deutschen Frage, wobei die sowjetischen und die deutschen Vorstellungen über die Art der Lösung dieser Frage damals so unterschiedlich waren, wie sie es heute sind.

Der eigentliche Rechtsvorbehalt steht auch in diesem Buch, er ist auf den Seiten 110 und 111 zu finden, in dem einseitigen Brief von Herrn Bundeskanzler Adenauer.

(Abg. Dr. Lenz [Bergstraße]: Lesen Sie den Brief zu Ende! Lesen Sie ihn richtig vor!)

– Ich habe ihn ja gelesen.

Nun gibt es eine zweite Geschichte – –

(Weitere Zurufe von der CDU/CSU.)

– Also lesen Sie bitte nach! Ich brauche es Ihnen nicht – – Alles, was der verehrte Kollege Marx hierzu gesagt hat, ist grundfalsch. Herr Marx, ich würde mich wirklich wundern, daß Sie nicht in der Lage sind, das für sich selbst auseinanderzunehmen.

(Beifall bei der SPD. – Abg. Dorn: Das weiß er auch! – Zurufe von der CDU/CSU.)

Zunächst haben wir also diesen Briefwechsel, über den ich gerade gesprochen habe. Dann haben wir den

einseitigen Vorbehalt. Herr Kollege Barzel, dieser Briefwechsel, von dem Sie behaupten, die Verpflichtung daraus — —

(Abg. Dr. Lenz [Bergstraße]: Den Sie nicht vorgelesen haben!)

— Herr Lenz, auch Sie sollten zuhören können. Ich wäre wirklich dankbar dafür. — Gut, dann lassen Sie es. — Herr Kollege Barzel, auf die Verpflichtung aus diesem Briefwechsel, von der Sie sagen, sie werde durch den Moskauer Vertrag „beendet“, nimmt der Moskauer Vertrag in dreierlei Form Bezug — erstens durch die Präambel, zweitens durch Art. 4, der besagt, daß die bestehenden vertraglichen Verpflichtungen nicht berührt werden, und drittens dadurch, daß Art. 2 sich auf die Grundsätze der UNO-Satzung beruft, zu der das Selbstbestimmungsrecht gehört. Dreimal genäh! Und dann noch der Brief zur deutschen Einheit, in dem nun im Gegensatz zum Briefwechsel Adenauer/Bulgariin diesmal drinsteht: „... in dem das deutsche Volk in freier S e l b s t b e s t i m m u n g seine Einheit wiedererlangt“.

Herr Kollege Marx, daß hier von politischen Zielen und nicht von Rechten die Rede ist, das ist sehr leicht zu erklären.

(Abg. Dr. Marx [Kaiserslautern]: Ich habe zwei verschiedene Texte hier zitiert!)

— Und ich will Ihnen erklären, warum es gerade hier ging, — —

(Abg. Dr. Marx [Kaiserslautern]: Sagen Sie, warum in der Antwort auf die Große Anfrage das Falsche steht!)

— Entschuldigen Sie, lassen Sie doch jetzt die Große Anfrage, bleiben Sie doch einmal bei einem Punkt! Sie haben hier etwas behauptet, was nicht stimmt, und bei dem Punkt bleibe ich jetzt.

(Beifall bei der SPD.)

Das machen wir seit Monaten, daß in Ausschüssen und in Diskussionen Punkt um Punkt ihrer Behauptungen widerlegt wird, und dann kommt man in die nächste Runde, und alles hat gar nichts genützt; die alten Kamellen kommen wieder. Diesen Punkt möchte ich jetzt klären.

(Beifall bei den Regierungsparteien. —

Abg. Dr. Lenz [Bergstraße]: Das liegt daran, daß Sie die Sache immer nur halb vorlesen!)

Also in diesem Brief zur deutschen Einheit kommt das Wort „Selbstbestimmung“ vor. Jetzt sagen Sie: Warum war das ein einseitiger Brief und warum ist er nicht richtig angenommen worden? — Herr Kollege Marx, dieser Brief unterscheidet sich von dem einseitigen Brief, den seinerzeit Konrad Adenauer übergeben ließ — unter sehr merkwürdigen Begleitumständen, wie Sie wissen — dadurch,

(Abg. Dr. Marx [Kaiserslautern]: Klären Sie mal Ihre merkwürdigen Begleitumstände!)

daß er von der Sowjetunion vorbehaltlos entgegengenommen worden ist.

(Zurufe von der CDU/CSU.)

Der Brief Adenauers ist nicht vorbehaltlos entgegengenommen worden. Vielmehr hat die sowjetische Regierung seinerzeit zwei Tage nach diesem Brief in einer autorisierten TASS-Erklärung festgestellt, daß die Frage der Grenzen Deutschlands bereits durch Potsdam gelöst sei. Das war 1955. Die Regelung, die wir jetzt haben, nimmt erstens einmal das, was damals erreicht wurde, in den Vertrag auf und geht zweitens noch über den damaligen Vertrag hinaus.

(Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Entschuldigung, Herr Bundesminister Ehmke, Frau Abgeordnete Kalinke wollte sich noch einmal vergewissern, ob Ihre Ablehnung von Zwischenfragen —)

Meine Ablehnung bleibt nach wie vor bestehen.

(Beifall bei der SPD.)

Herr Kollege Marx, Sie haben dann hier — auch wieder mit ganz düsteren Unterstellungen — gesagt: Ja, nun erklären Sie uns doch einmal, ob das eigentlich zum Vertrag gehört und was das bedeutet. Nun, Herr Kollege Marx, inzwischen haben Sie sich ja in die juristische Problematik eingearbeitet. Der einseitige Brief Adenauers von 1955 wie der einseitige Brief der Bundesregierung von 1970 gehören im Sinne der Wiener Vertragskonvention zu dem, was man den „Kontext“ des Vertrages nennt. Wenn Sie da Sorgen haben, so darf ich Ihnen jetzt zitieren, was Bundeskanzler Adenauer 1955, als er aus Moskau zurückkam, in diesem Hause gesagt hat. Damals hat natürlich die damalige Opposition gefragt: Warum war das denn einseitig, und wie ist das dann gegangen? Darauf hat Adenauer etwas gesagt, was ich hier nicht nur zu Ihrem Vergnügen vorlesen will, sondern ich will es mir auch voll zu eigen machen. Sie finden es auf Seite 112 dieser vorzüglichen Broschüre. Adenauer sagte damals:

Bei den Vorbehalten handelt es sich um eine deutsche Rechtsverwahrung. Für solche ist eine einseitige Erklärung der Bundesregierung ausreichend. Diese Erklärung muß nur der anderen Seite zugegangen sein. Dies ist geschehen, und die deutschen Vorbehalte sind damit völkerrechtlich wirksam geworden. Die Erklärung muß nicht etwa,

— so Adenauer, Herr Kollege Marx —

um völkerrechtlich wirksam zu sein, von der Gegenseite angenommen werden.

Ich freue mich, daß sich die Bundesregierung bei ihrer Interpretation der Verträge auf die bei Ihnen unbestrittene Autorität dieses Bundeskanzlers berufen kann.

(Beifall bei den Regierungsparteien. —

Abg. Dr. Marx [Kaiserslautern]:

Damals hat Bulganin den Brief angenommen!

Wer hat ihn jetzt angenommen?)

Herr Marx, ich stelle fest: was Sie über den Inhalt des Briefwechsels und der einseitigen Vorbehalte gesagt haben, war unrichtig. Was Sie über die damalige Aufteilung der Dinge gesagt haben, war unrichtig, und was Sie über die juristische Wertung gesagt haben, war auch unrichtig. Darin stimmen wir mit dem früheren Bundeskanzler überein. Ich habe schon gesagt, Herr Kollege Marx, daß heute wie damals die Vorstellungen, wie die deutsche Einheit denn verwirklicht werden könnte, in Moskau und in Bonn unterschiedlich sind. Das ist nichts Neues. Aber wie damals ging es 1970 darum, die Frage juristisch offenzuhalten und gleichzeitig den Versuch zu machen, den Weg zu Verhandlungen über eine Friedensordnung in Europa zu eröffnen, in deren Rahmen allein — darin stimmen wir, glaube ich, überein — die deutsche Frage gelöst werden kann.

(Abg. Dr. Marx [Kaiserslautern]:

Herr Ehmke, welchen Wert hat der Brief an die Sowjetunion?)

Also, Herr Kollege Barzel, auch hinsichtlich Ihres zweiten Vorbehalts muß ich Fehlanzeige feststellen.

Ich komme jetzt zum dritten Vorbehalt, den Sie gemacht haben. Er heißt: es müßte die verbindlich vereinbarte Absicht hinzukommen, in Deutschland Freizügigkeit stufenweise herzustellen. Herr Kollege Barzel, ich nehme an, ich kann in Übereinstimmung mit Ihnen ergänzen, daß Sie bei „verbindlich vereinbart“ meinen: „mit der DDR vereinbart“.

(Abg. Dr. Barzel:

Das ist eine Unterstellung!)

— Dann bitte ich, klarzustellen, ob Sie meinen, wir sollten das mit Moskau aushandeln. Für mich ist das

eine Frage — ich stelle es meinerseits klar — der Verhandlungen mit der DDR. Vielleicht sind Sie so gut und sagen uns noch, was Sie meinen.

Sie haben der Bundesregierung den Vorwurf gemacht — wir haben uns schon darüber geeinigt, daß Sie Punkt 5 der Erklärung der Bundesregierung vom 6. Juni 1970 meinten —, sie habe früher gesagt, zuerst komme die Regelung des innerdeutschen Verhältnisses, und dann kämen die Ostverträge. Herr Kollege Barzel, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie sich durch nochmaliges Lesen des Punktes 5 davon überzeugen würden, daß das Kabinett das keineswegs gesagt hat. — Nein? — Dann muß ich es vorlesen. Das Kabinett hat gesagt — ich darf das mit freundlicher Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitieren —:

Die Bundesregierung geht davon aus, daß die von ihr erstrebten Abkommen mit der Sowjetunion, mit Polen und anderen Staaten des Warschauer Paktes, insbesondere die Regelung der Beziehungen zur DDR auf der Grundlage der von ihr in Kassel vorgelegten 20 Punkte, zur Herstellung und Entwicklung normaler Beziehungen führen und betrachtet diese Politik für ein besseres Zusammenleben der Völker, zur Sicherung des Friedens in Europa als eine Einheit.

Dies tun wir nach wie vor. Die einzige Folgerung, die Sie ziehen könnten — und die wäre völlig richtig —, wäre die, daß die Ratifizierung der Ostverträge, des Moskauer und des Warschauer Vertrags, natürlich nicht das Ende der Friedenspolitik dieser Regierung darstellt.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Es müssen z. B. Verträge mit Prag und mit Ost-Berlin noch hinzukommen.

Aber zunächst zur Sache, Herr Kollege Barzel. Auch hier ist mir nicht klargeworden, was Ihre Position ist.

Ich wäre im Interesse auch der Klarheit draußen dankbar, wenn wir endlich einmal ein Stück weiterkämen und Sie nicht immer wieder die alten Argumente brächten. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir helfen könnten, mehr Klarheit zu gewinnen.

Sie sagen: stufenweise Freizügigkeit. Nun nehme ich an, Herr Kollege Barzel, daß Sie mit Freizügigkeit die Ausweitung des freien Verkehrs von Personen und Gütern meinen, wie wir sie etwa für Berlin in einem ersten Schritt erreicht haben. Meine Damen und Herren, ich möchte in unserem und im Interesse Berlins dringend davor warnen, diesen großen Erfolg für Berlin aus taktischen oder sonstigen Gründen zu verkleinern.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Ich mache kein Hehl daraus, Herr Kollege Schröder: auch mich hat es geschmerzt, daß die Berlin-Regelung in Ihrer Rede nicht vorkam.

Herr Kollege Barzel, ich frage mich angesichts der Ausführungen auf den Manuskriptseiten 5 und 8 Ihrer Rede, ob Sie mit Freizügigkeit nicht mehr meinen. Dort sagen Sie, Sie wollten — offenbar meinen Sie, im Gegensatz zur Bundesregierung — nicht nur Gewaltverzicht, sondern Gewaltverzicht und Menschenrechte, und Sie fügen noch hinzu: Menschenrechte und deren soziale Basis. Herr Barzel, ich möchte hier Klarheit haben. Soll das heißen, daß Sie zu der Forderung zurückkehren, daß die DDR zuerst ihr System ändern müsse, bevor man mit ihr Verträge schließen könne?

(Abg. Dr. Barzel: Wo steht denn das?)

— Ich frage Sie ja, weil das mehr ist als Freizügigkeit. Ich will nur Klarheit. Meinen Sie, daß sich das System ändern muß, vielleicht sogar noch bevor wir die Ostverträge ratifiziert haben? Das kann eigentlich nicht gut sein, denn eine solche Politik haben wir ja lange genug gemacht, und zwar ohne jeden Erfolg.

Ich glaube auch nicht, Herr Kollege Barzel, daß Sie das meinen, denn Sie haben in Ihrer Rede gleichzeitig gesagt, daß Sie die Realität der DDR und die wirkliche Lage anerkennen, und Sie haben hinzugefügt — und das ist eine der wichtigsten —

(Abg. Dr. Barzel: Ich habe nicht gesagt, daß ich das anerkenne!)

— Entschuldigen Sie, ein falsches Wort! Sie haben gesagt, daß Sie die Realität der DDR und die wirkliche Lage sehen.

(Abg. Dr. Barzel: Aber sie nicht anerkenne!)

— Gut, Augenblick, ich komme gleich zu dem Punkt! Das ist einer der wichtigsten Punkte Ihrer Rede. Ich halte ihn für weitere Auseinandersetzungen fest.

(Zuruf des Abg. Dr. Barzel.)

— Nein, Herr Kollege Barzel, das war ein Versprecher. Ich versuche, jetzt wirklich dahinterzukommen, was Sie eigentlich meinen; das ist mir nämlich auch in diesem Punkt nicht klar. Sie sagen: Wir, die Opposition, wollen im anderen Teil Deutschlands keine Hoheitsrechte in Anspruch nehmen. Herr Kollege Barzel, dies ist sehr wichtig. Das heißt, nunmehr stimmen Opposition und Regierung darin überein, daß wir zwar die innere Staatsgewalt der DDR in ihrem System und in ihrer Form nicht billigen, daß wir sie aber hinnehmen und uns keine Hoheitsrechte dort anmaßen. Das ist eine wichtige Erklärung von seiten der Opposition.

*(Beifall bei den Regierungsparteien. —
Abg. Dr. Barzel: Das haben wir doch nie getan,
Herr Ehmke!)*

— Gut, für mich war das eine wesentliche Klarstellung.

*(Abg. Dr. Barzel: Das hat doch keine frühere
Regierung getan oder beansprucht!)*

— Aber, Herr Kollege Barzel, Sie selbst haben mir einmal vorgehalten — ich glaube, Sie waren es; ich

will es nicht beschwören, es kann auch Herr Kollege Gradl gewesen sein —, daß wir in den Kasseler Punkten gesagt haben: Wir respektieren die inneren Hoheitsrechte der DDR.

*(Abg. Dr. Barzel:
Das ist doch etwas ganz anderes!)*

— Aber nein! Wenn Sie keine Hoheitsrechte dort in Anspruch nehmen, wer soll sie dann haben? Wir wollen doch hier nicht neue Phänomene begründen.

*(Beifall bei den Regierungsparteien. —
Abg. Dr. Stark [Nürtingen]:
Das war nicht sauber argumentiert!)*

— Das liegt aber daran, daß Ihre Argumentation unklar ist.

(Abg. Dr. Gradl meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

— Frau Kollegin Kalinke, entschuldigen Sie — ich habe Herrn Gradl persönlich zitiert —, daß ich eine Ausnahme von meinem Nein mache. Herr Kollege Gradl!

*(Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen:
Herr Abgeordneter Gradl!)*

Dr. Gradl (CDU/CSU): Nur eine Klarstellung, Herr Kollege Ehmke: In der Tat spielte dieser Punkt 5 der 20 Punkte an dem Tage, ehe der Bundeskanzler in Kassel seine Begegnung mit Herrn Stoph hatte, in unserer Unterhaltung eine Rolle. Aber wir haben es aus einem ganz anderen Grunde beanstandet, und Sie haben damals zugestimmt. So wie er formuliert war, mußte er den Eindruck erwecken, als ob mit der Aussage der Ziffer 5 auch gedeckt würde, was auf der anderen Seite an der Mauer und ansonsten geschieht. Sie haben damals zugestimmt, und der Herr Bundeskanzler hat das nach seiner Rückkehr hier in seinem ersten Bericht klargestellt.

Herr Kollege Gradl, ich bestätige Ihnen das. Wir sind uns doppelt einig. Weder die Regierung noch die Opposition meint, daß mit dieser Formulierung hingenommen werden soll, was dort geschieht, daß es im Sinne von Billigung anerkannt werden soll. Aber wir sind uns beide einig: wir wollen dort keine Hoheitsrechte in Anspruch nehmen.

(Abg. Kiep:

Wie können Sie dann diese Frage stellen? —

Abg. Dr. Barzel: Diese Interpretation kann ich nicht bestätigen!)

— Gut, Herr Kollege Barzel, dann wäre ich dankbar, wenn Sie nachher sagten, was Sie meinen. — Wenn das so ist, Herr Kollege Barzel, dann gibt es für uns keinen Zugriff auf den einzelnen Menschen drüben, und die beste Berufung und bestgemeinte Berufung auf Menschenrechte muß eine leere Geste bleiben. Wenn es so ist, daß wir drüben keine Hoheitsrechte in Anspruch nehmen — ausüben können wir sie sowieso nicht —, dann heißt, etwas für die Menschen drüben zu tun — nicht die Menschen an sich, die konkreten Menschen, die dort heute leben, so wie wir im Berlin-Vertrag etwas für die heutigen Berliner getan haben —, mit der DDR zu reden und zu verhandeln trotz ihrer von uns allen abgelehnten Gesellschaftsordnung, und zwar auch über den Schießbefehl.

Herr Kollege von Weizsäcker und Herr Kollege Marx, wir sollten diese Frage, daß wir in der bitteren Situation sind, auf dem eigenen Boden unseres Volkes mit einem solchen System um mehr Menschlichkeit ringen zu müssen, doch nicht dauernd mit der Unterstellung belasten: Wer jetzt verhandelt, verhält sich im Grunde in irgendeiner politischen Nähe zu diesem Regime. Gestern klang es an. Richard Stücklen — —

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Wir sollten es damit nicht belasten. Richard Stücklen hat jedenfalls noch nicht erklärt, was der Vergleich mit der Emigration des Bundeskanzlers in der Nazizeit eigentlich sollte.

(Abg. Stücklen:

Lesen Sie es doch endlich mal nach!)

Ich sage Ihnen eins, Herr von Weizsäcker: zu warten mit Verhandlungen und mit dem, was wir tun wollen unter dem Stichwort Freizügigkeit, in der Meinung: erst Änderung des Systems — Herr Marx ist da schon sehr viel weitergegangen, aber ich halte mich an Sie, Herr Kollege Barzel —, das hieße, die Pflicht zu verletzen, die wir den Menschen drüben gegenüber haben.

(Beifall bei der SPD.)

Herr Kollege von Weizsäcker, Ihre — entschuldigen Sie — schneidige, sich realistisch gebende, in Wirklichkeit aber resignierte Durchhalteparole ist eine Parole auf Kosten der Menschen drüben.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien. —

Abg. Dr. Marx [Kaiserslautern]: Unglaublich! —

Weiterer Widerspruch bei der CDU/CSU.)

Wenn wir für die Menschen drüben etwas tun wollen — —. Das ist die bittere Erfahrung einer langjährigen und gescheiterten Politik, einer Politik, in der wir lange Strecken zusammen gegangen sind. Das heißt, nichts zu erreichen für die Menschen drüben. Herr Kollege Schröder, Sie haben gestern gesagt, diese Verträge hätten Sie jederzeit haben können — offenbar also einschließlich auch der Berlin-Vereinbarung —, Sie hätten sie aber gar nicht haben wollen. Das war makabrer, als Ihnen vielleicht bewußt gewesen ist.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Meine verehrten Herren von der Opposition, die Regierung muß sich natürlich der Frage stellen — darin haben Sie völlig recht; wir tun das auch —: Wenn das

so ist, die Meinung der Bundesregierung einmal unterstellt, sind dann die Verträge, die ihr unterzeichnet habt und zur Ratifizierung bringt, wirklich ein Weg, in der Frage der Freizügigkeit der Menschen im geteilten Deutschland weiterzukommen? Natürlich müssen wir diese Frage beantworten. Ich sage Ihnen: es ist der einzige Weg, den ich sehe. Auf Ihre sogenannten Alternativen komme ich noch. Ich sage noch einmal auch in dieser Beziehung: man sollte den Erfolg, den wir in Berlin erreicht haben, nicht bagatellisieren. Ich halte es übrigens politisch auch für falsch, die Geste, die, aus welchen Gründen immer, die DDR mit dem Vorziehen der Besuchsregelung gemacht hat, von uns aus herunterzuspielen. Wir sollten über alles froh sein, was wir für die Menschen im geteilten Deutschland erreichen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Herr Kollege Barzel hat nämlich völlig recht: die Frage der deutschen Einheit ist ein langer historischer Prozeß, den keiner von uns heute übersieht.

(Abg. Dr. Barzel: Der geht weiter!)

— Er geht weiter und geht auch von uns weiter.

(Abg. Dr. Barzel: Der Satz geht weiter!)

— Gut, das habe ich schon gesagt. Akzeptiert! — Mir kommt es auf das Wort „Prozeß“ an. Wir sind uns einig, die Frage der deutschen Einheit ist nicht ein Geschäft oder gar ein Tagesgeschäft, das man morgen abschließen könnte. Darum kann man nur schrittweise vorgehen, wie wir es tun, wenn man für die Menschen drüben etwas erreichen will.

Die Frage, die bleibt, Herr Kollege Barzel, ist dann die Frage der Reihenfolge. Wir sagen: jetzt erst die Verträge, dann weitere Schritte mit der DDR. Sie sind der Meinung, wie Sie es schon bei Berlin in bezug auf die Unterschrift waren: jetzt erst noch weitere Verhandlungen

mit der DDR und dann erst die Ratifizierung der Verträge. Ich möchte einmal wissen, Herr Kollege Barzel, worauf Sie eigentlich Ihre Meinung gründen, die Ablehnung des Moskauer und des Warschauer Vertrages, in deren Gesamtkontext die erste Einigung der Großmächte über Berlin und unsere Berlin-Vereinbarung mit der DDR möglich geworden sind, würde weiterhelfen, die Chancen, weiterzukommen, würden verbessert, wenn man diese Verträge nicht ratifizierte. Herr Kollege Barzel, gerade wenn die DDR so stur ist, wie Sie meinen und wie sie zum großen Teil ist — wir sehen es ja —, dann dürfen wir doch von unserer Seite auf keinen Fall eine Politik treiben, in der wir die Regierung in Ost-Berlin zum Herrn der Entscheidung über den Vertrag von Moskau und den Vertrag von Warschau machen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Im übrigen, Herr Kollege Barzel, haben wir beide — auch persönlich — in der Frage der Reihenfolge schon eine Erfahrung. Ich entsinne mich an ein sehr langes und sachliches Gespräch über die Frage: Soll die Bundesregierung den Moskauer Vertrag unterschreiben, oder soll sie erst versuchen, eine Berlin-Regelung zu bekommen, und erst dann unterschreiben? Unsere Meinung war die: wir kommen gar nicht zu einer Berlin-Regelung, wenn wir nicht unterschreiben. Ihre Meinung war anders. Wir haben recht behalten, wobei es uns freut — auch Sie freut es sicher —, daß wir die Berlin-Regelung erreicht haben. Das heißt nicht, daß wir auch diesmal recht behalten müssen. Aber ich bin der Meinung, auch hier sehen wir die Reihenfolge richtig.

In allen drei zusätzlichen Punkten, Herr Kollege Barzel, die — ich sage es noch einmal — nicht die für unsere Menschen draußen zentrale Frage des territorialen Status quo berühren, ist Ihr Nein nicht begründet.

Aber, Herr Kollege Barzel, ist es überhaupt ein Nein? Sie haben die Frage, was Sie zu den Verträgen sagen werden — ja oder nein oder gar nichts —, lange offengehalten. Sie haben gesagt — ich fand das auch richtig —: wir wollen erst einmal sehen und uns dann ein Bild machen. Sie haben dann gesagt: wir wollen einmal sehen, was in Berlin herauskommt. Als das kam, haben Sie andere Dinge nachgeschoben. Sie haben dann allerdings neulich gesagt — ich glaube, in einer Äußerung Ihres Präsidiums —, Sie würden gegen die Verträge stimmen, noch vor der Debatte offenbar, noch vor den Ausschußsitzungen und natürlich alle ganz geschlossen: nein. Nun ist es offenbar doch wieder offen. Denn wenn ich Sie recht verstanden habe, Herr Kollege Barzel, haben Sie gestern nicht nein gesagt, sondern Sie haben gesagt: so nicht und jetzt nicht.

Da frage ich nun, Herr Kollege Barzel: Was ist die Alternative? Ich sehe als einziges, was hier ernsthaft als Alternative angeboten wird, die Ablehnung, das Nein. Nun sagen Herr Kollege Kiesinger und Herr Kollege Schröder: Regt euch nicht auf, das Leben geht auch dann weiter. Das ist richtig, meine Herren, aber die Frage ist: wie? Mit dem gleichen Stillstand wie gehabt, nur durch Durchhalteparolen veredelt, oder wie? Sie glauben doch nicht, daß Sie mit der Ablehnung dieser Verträge, die — ich sage es noch einmal — die Vorbedingung zur ersten Einigung der Großmächte in Mitteleuropa gewesen sind, den Schießbefehl wegnehmen oder den Menschen im anderen Teil Deutschlands helfen. Das glauben Sie doch nicht im Ernst!

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Die Frage, vor der wir bei der Interpretation Ihrer Politik stehen, ist die: sagen Sie nur ein formales, mit Nebenpunkten begründetes Nein, um die Regierung die Verantwortung allein tragen zu lassen? Oder ist Ihr Nein getragen von der Hoffnung — ja, Herr Kollege Schröder, die CDU hat keineswegs nur, wie Sie mein-

ten Befürchtungen, sie hat auch Hoffnungen —, Sie würden nach einer Ablehnung dieser Verträge bessere Verträge aushandeln? Ich habe mich schon dazu geäußert, was ich von Ihrer Bemerkung halte, Sie hätten die gleichen Verträge haben können.

Herr Kollege Schröder, ich sage Ihnen noch mehr. Früher einmal, z. B. 1952, hätten Sie vielleicht noch viel bessere Verträge haben können,

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

als irgendeine deutsche Regierung sie heute bekommen kann. Aber damals hat es Ihre Regierung nicht einmal versucht. Seit dieser Zeit hat die von Ihnen geführte Regierung in der Deutschlandfrage zu unser aller Schmerz nichts, aber auch nichts bewegt; die Spaltung Deutschlands ist tiefer geworden. Ich weiß nicht, Herr Kollege Schröder, ob Sie diese Politik in Ihrem Sinne als solide ansehen; erfolgreich war diese Politik jedenfalls nicht, und den Menschen im anderen Teil Deutschlands hat sie ganz sicher auch nicht geholfen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Das sage ich Ihnen hier ganz offen, Herr Kollege Barzel: an der Kontinuität dieser Erfolglosigkeit ist diese Bundesregierung nicht interessiert;

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

denn das hieße ja, sich zum Gefangenen der hirn-rissigen Parole zu machen, deutsch sein heiße, eine Sache um ihrer selbst willen zu tun. Ihre Hoffnung, nach einer Ablehnung der Verträge bessere Verträge aushandeln zu können, ist doch angesichts unserer geschichtlichen Erfahrung und der Beurteilung der heutigen politischen Situation eitel. Dagegen, Herr Kollege Schröder, zeigt unsere Politik erste Erfolge wie in Berlin. Vor zwei Jahren hat doch noch keiner geglaubt, daß man ein solches Berlin-Abkommen bekommen kann — seien wir doch ehrlich!

(Beifall bei den Regierungsparteien.)



Dagegen eröffnet unsere Politik wirklich Perspektiven.

*(Abg. Dr. Lenz [Bergstraße]:
Und was für welche!)*

Ja, Sie haben recht, Herr Kollege Schröder, auch wir verbinden mit dieser Politik Hoffnung, bei aller Nüchternheit in der Abwägung der natürlichen auch mit dieser Politik verbundenen Risiken. Es ist doch gar nicht bestritten, daß es da auch Risiken gibt. Aber, Herr Kollege Schröder, eine Politik ohne Hoffnung wäre eine unmenschliche Politik, die nur entweder in Resignation oder in Zynismus enden könnte.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Wir versuchen, im Gestrüpp der Nachkriegszeit und einer gescheiterten Politik früherer Regierungen — so gut diese Politik auch gemeint war, das ist doch kein moralisches Urteil —, der politischen Vernunft in unserem Lande und in Europa einen Weg zu bahnen. Ihnen ist dieser Weg offenbar zu beschwerlich oder zu ungewiß. Sie wollen — Herr von Weizsäcker hat das heute geradezu klassisch formuliert: stillhalten, durchhalten, warten. Sagen Sie: warten, worauf eigentlich? Offenbar darauf, daß die Geschichte mehr Phantasie haben möge, als Sie gehabt haben, als Sie die Regierung geführt haben.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Ich will hier nicht sagen, was ich von dieser Politik des Wartens, solide und edel natürlich, halte, aber ich will Ihnen ein Wort unseres Dichters Emanuel Geibel zürufen, das er geradezu für Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, geschrieben haben könnte. Es heißt:

Die Zeit zum Handeln jedesmal verpassen,
nennt Ihr die Dinge sich entwickeln lassen!

*(Heiterkeit und Beifall
bei den Regierungsparteien.)*

Und Geibel fährt fort:

Was hat sich denn entwickelt, sagt mir an,
was man zur rechten Stunde nicht getan?

Meine Damen und Herren der Opposition, dies, das Richtige zur rechten Stunde tun, ist nicht nur eine Frage des Friedens in Europa und der Chance, die weitere Vertiefung der Spaltung Deutschlands zu verhindern und die Spaltung dann langsam abzubauen, es ist auch eine Frage der Entscheidungsfähigkeit und damit der Glaubwürdigkeit unserer parlamentarischen Demokratie.

(Oh-Rufe von der CDU/CSU.)

Einer der intellektuellen Gegner der parlamentarischen Demokratie in Weimar, Carl Schmitt, hat einmal gesagt, die parlamentarische Demokratie sei die Regierungsform, die auf den Ruf „Christus oder Barabbas?“ mit einem Vertagungsantrag antworte. Glücklicherweise haben wir hier nicht über die Frage Christus oder Barabbas zu entscheiden,

(Abg. Wehner: Sehr wahr!)

aber die Frage, über die wir zu entscheiden haben, wiegt schwer genug, und sie duldet keine Vertagung.

Darum können wir auf die halb abwiegelnde, halb aufschiebende Parole des Herrn Kollegen Barzel „so nicht“ und „jetzt nicht“ nur antworten: so und jetzt!

*(Anhaltender lebhafter Beifall
bei den Regierungsparteien.)*

Interview mit dem Deutschen Fernsehen zum Warschauer Vertrag

Am Abend des 6. Dezember 1970 erklärte Bundesminister Prof. Dr. Horst Ehmke in Bonn in einem Interview mit dem Deutschen Fernsehen zum deutsch-polnischen Vertrag:

Seit Jahrhunderten wird die Geschichte des östlichen Mitteleuropa von dem Miteinander und dem Gegenüber slawischer und germanischer Stämme, deutscher und polnischer Ritter, Bauern und Bürger bestimmt. Die Weite der Landschaft bietet keine natürliche Grenze. Die Siedlungsräume sind immer ineinander verwoben gewesen. Nach mehr als 100 Jahren der Teilung ist es erst im Anfang dieses Jahrhunderts den Polen möglich geworden, einen eigenen Staat zu bauen. Die Grenzen dieses Staates, die alte deutsche Siedlungsgebiete zerschnitten und abtrennten, die Grenzen von Versailles wurden damals von den Deutschen als erzwungen und unnatürlich angesehen. Diese Grenzen von 1937 wurden schließlich von Hitler zum Anlaß genommen, Polen zu überfallen und damit den Zweiten Weltkrieg auszulösen. Leid und gegenseitiges Unrecht hat es immer in der gemeinsamen Geschichte des deutschen und des polnischen Volkes gegeben. Was aber von 1939 bis 1946 geschah, das entzieht sich nach Umfang und Schrecklichkeit jeder Beschreibung. Am Ende dieser Entwicklung standen zwei Völker in diesem Raum, ausgeblutet, verelendet, vertrieben von den eigentlichen Siedlungsgebieten. Polen hatte im Osten große Gebiete verloren, Deutschland mußte fast ein Viertel seines Bodens an Polen abgeben. Millionen Menschen, die die Grauen des Krieges und seiner Begleiterscheinungen überlebt hatten, mußten auf Wanderschaft gehen, mußten ihre Heimat verlassen.

Dies alles liegt nun ein Vierteljahrhundert zurück! Die Menschen haben inzwischen an ihren neuen Wohnsitzen Arbeit und Brot gefunden. Sie haben zusammen mit den ansässigen Landsleuten ihre neue Heimat in harter Arbeit aufgebaut. Sie haben geheiratet, Kinder großgezogen, die Alten begraben. Dies alles gilt für die Polen wie für die Deutschen in gleicher Weise. Und doch haben wir es in diesen 25 Jahren nicht gelernt, das Gemeinsame zu suchen. Wir verharren mit dem Blick auf die Vergangenheit und auf das Geschehene Unrecht. Wir denken mit Bitterkeit und mit Schmerz daran. Wer diese Geschichte miterlebt und miterlitten hat, muß einen tiefen Respekt haben vor den Gefühlen, die gerade auch die Heimatvertriebenen bei uns bewegen.

Und dennoch, wir müssen in die Zukunft blicken! Unsere Kinder fordern von uns eine Welt, die ihnen ein friedliches Leben sichert! Altes Leid und alte Ungerechtigkeit haben ihren Platz in der Geschichte. Sie dürfen keinen Platz haben in der Gegenwart und noch weniger in unserer gemeinsamen Zukunft. Es muß einmal ein Ende haben mit den alten Rechnungen. Wie könnte dies aber besser geschehen, als daß man auf den anderen Menschen, auf das andere Volk mit ausgestreckter Hand zugeht, um einen neuen, vorwärts gewandten Anfang zu machen! Dies ist der tiefe Sinn des Vertrages, der in Warschau unterzeichnet wird.

Dieser Vertrag hindert uns nicht, mit Stolz, Dankbarkeit und sicher auch mit Wehmut alles dessen zu gedenken, was deutsche Menschen durch sieben Jahrhunderte in Pommern, in der Mark Brandenburg, in Schlesien, in Ost- und in Westpreußen und in meiner Heimatstadt Danzig vollbracht haben an kulturellen, an technischen, an menschlichen Leistungen. Königsberg, Breslau und Stettin und das schöne weite Land zwischen Oder, Neiße, Weichsel und Memel bleiben uns in Geschichte und in Erinnerung als unvergeß-

liches deutsches Land. In Gegenwart und Zukunft aber gehören sie zu Polen. Das mag eine bittere Erkenntnis sein. Ändern daran können wir nichts. Und wer glaubt, die Hoffnung auf eine Änderung bewahren oder gar jungen Menschen beibringen zu sollen, daß sie auf diese Änderung warten sollten, der muß wissen, daß er mit dem Krieg spielt. Wir aber wollen Frieden. Und um des Friedens und um der Zukunft unserer Kinder willen sind wir bereit, aus der leidvollen und von Unrecht beschatteten Vergangenheit zu lernen und ein neues, friedliches Kapitel zu beginnen in der gemeinsamen Geschichte des deutschen und des polnischen Volkes.

Die Nein-Sager*)

In der Nr. 9 vom 3. März 1972 der Wochenzeitung „Deutsche Zeitung – Christ und Welt“ schrieb Prof. Dr. Horst Ehmke folgende Kolumne:

Die CDU/CSU-Opposition hat in der großen Debatte des Deutschen Bundestages über die Ost-Verträge einen Rekord im Neinsagen aufgestellt. Da sie als Alternative zur konkreten Friedenspolitik der Bundesregierung nichts anderes anzubieten hatte als den Rat, die Dinge treiben zu lassen, erschöpfte sich ihre politische Aussage im bloßen Neinsagen. Nur im Nein waren sich die Unionsparteien einig. Es ist ihr kleinster gemeinsamer Nenner geworden.

Die Begründung des Neins der Unionsparteien war und ist dagegen keineswegs einheitlich. Hatte sie sich in den vergangenen Monaten ständig geändert – nachdem z. B. die Berlin-Vereinbarung gelungen war, wurden völlig neue Vorbehalte nachgeschoben –, so war die Begründung des Neins in der Debatte nicht nur unterschiedlich, sondern teilweise sogar widersprüchlich.

Man mag geneigt sein, sich auf den Standpunkt zu stellen, nein sei nein und die Gründe dafür seien uninteressant. Das trifft jedoch nicht zu. Die CDU/CSU tritt wie die Bundesregierung für eine Friedenspolitik und eine Entspannung gegenüber unseren östlichen Nachbarn ein. Wir haben sie gefragt, ob sie mit der Bundesregierung auch darin übereinstimme, daß wir für den Versuch, eine europäische Friedensordnung zu schaffen, in deren Rahmen allein auch die deutschen Fragen gelöst werden könnten, vom territorialen Status quo auszugehen haben. Die CDU/CSU hat diese Frage trotz mehrfacher Aufforderung unbeantwortet gelassen. Herr Barzel hat sein „so nicht und jetzt

*) Abdruck mit freundlicher Genehmigung der „Deutschen Zeitung – Christ und Welt“, Stuttgart.

nicht“ mit drei Nebenpunkten begründet, nicht mit der territorialen Frage.

Unsere Verbündeten, unsere Vertragspartner im Osten und unsere Wähler, voran die Vertriebenen, können von der CDU eine klare Antwort verlangen, ob sie für unsere weitere Politik in Europa mit der Regierung vom territorialen Status quo ausgehen will oder nicht. Drückt die CDU sich um die Beantwortung dieser Frage, so mag sie gar in den Verdacht geraten, hinter die Erklärung der Großen Koalition vom 9. April 1968 zurückzufallen, daß die Bundesrepublik Deutschland gegen niemanden Gebietsansprüche erhebe. Herr Barzel ist ein guter Taktiker. Der Wunsch der CDU, bei ihren Wählern den Eindruck zu erwecken, sie sei nicht bereit vom territorialen Status quo auszugehen, draußen in der Welt aber zu versichern, auch sie sehe die politischen Realitäten wie sie sind, ist taktisch verständlich. Doch in Lebensfragen der Nation reicht Taktik nicht aus. Die CDU ist uns allen daher nach wie vor eine Antwort schuldig.

In einem zweiten Punkt hat Herr Barzel eine klare Antwort gegeben. Die CDU ist gegen die Berlin-Vereinbarung, gegen die erste Nachkriegs-Vereinbarung der Großmächte in Mitteleuropa, gegen eine Vereinbarung, die Präsident Nixon in seinem Bericht vom 10. Februar 1972 an den amerikanischen Kongreß einen „Meilensteinerfolg“ genannt hat. Es ist nicht Sache der sozial-liberalen Koalition, sich darüber Gedanken zu machen, ob die Unionsparteien nach dieser Erklärung in Washington, Paris und London noch als regierungsfähig angesehen werden. Die Berliner werden das Nein der Unionsparteien selbst zu würdigen wissen. Zumal Gerhard Schröder in seiner sonst so brillanten Rede dem Nein der Unionsparteien die makabre Bemerkung hinzugefügt hat, die Verträge, also auch die menschlichen Erleichterungen für die Berliner, hätten die Unionsparteien schon lange haben können. Die Berliner werden es sich merken.